



Beilagen  
WST1-KB-863/004-2024  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.wst1@noel.gv.at](mailto:post.wst1@noel.gv.at)  
Fax: 02742/9005-13625 Bürgerservice: 02742/9005-9005  
Internet: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at) - [www.noel.gv.at/datenschutz](http://www.noel.gv.at/datenschutz)

Bezug	Bearbeitung	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
	Alina Ramusch	15320		05. November 2024

Betrifft  
GzG Gipsrecycling GmbH - Anlage zur physikalischen Behandlung von Gipskartonabfällen und anderen mineralischen Baurestmassen - Standort: Stadtgemeinde Stockerau (KO), KG Stockerau, Gst. Nr. 1097/2 und 1120/4, Genehmigungsverfahren nach dem AWG 2002

## Kundmachung

Die GzG Gipsrecycling GmbH hat mit Schreiben vom 25. April 2024 einen Antrag um Erteilung der abfallrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Recyclinganlage für Gipsabfälle auf den Grundstücken Nr. 1097/2 und 1120/4, beide KG Stockerau, Stadtgemeinde Stockerau, eingebracht.

Es ist in diesem Zusammenhang beabsichtigt, am Standort der Saint-Gobain Austria GmbH in 2000 Stockerau, Prager Straße 77, diese Recyclinganlage zu errichten und zu betreiben. Der geplante Standort der Anlage befindet sich südlich der Bahn, in einem zukünftig nicht mehr durch die Fa. Saint-Gobain genutzten Teil einer bestehenden Lagerhalle.

Zusammenfassend wird beantragt:

- die Errichtung und der Betrieb einer mechanische Behandlungsanlage zur Aufbereitung von Gipskartonabfällen und sonstigen Hochbaurestmassen auf einem bestehenden Betriebsstandort,
- die Zwischenlagerung von Gipskartonabfällen, mineralischen Baurestmassen sowie der abgetrennten Störstoffe und

- die Modernisierung der Büros, Sozial- und Sanitäreinrichtungen innerhalb der bestehenden Halle.

Hierüber beraumt die Behörde eine mündliche Verhandlung für

**DATUM: 20. November 2024** **BEGINN: 10:00 Uhr**  
**ORT: Amt der NÖ Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,  
Haus 16, 1. Stock, Zimmer 16.118**

an.

Verhandlungsleitung: Frau Alina Ramusch, Durchwahl 15320

Sie werden eingeladen, als Beteiligter/Beteiligte zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden. Dieser muss mit der Sachlage vertraut, bevollmächtigt und eigenberechtigt sein.

Hinweise:

Die Projektunterlagen liegen beim

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG

Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus

Abteilung Umwelt- und Anlagenrecht

3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

während der Amtsstunden bis zum Tag vor dem Verhandlungstag zur Einsichtnahme auf.

In diesem Verfahren haben Parteistellung (§ 42 AWG 2002):

1. der Antragsteller,
2. die Eigentümer der Liegenschaften, auf denen die Anlage errichtet werden soll,
3. Nachbarn,
4. derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll,
5. die Inhaber rechtmäßig geübter Wassernutzungen gemäß § 12 Abs. 2 WRG 1959,
6. die Gemeinde des Standortes und die unmittelbar an die Liegenschaft der Behandlungsanlage angrenzende Gemeinde,
7. das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993,

8. der Umweltanwalt; der Umweltanwalt kann die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften im Verfahren geltend machen; dem Umweltanwalt wird das Recht eingeräumt, Rechtsmittel zu ergreifen, einschließlich Beschwerde an das Verwaltungsgericht sowie Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben,
9. Gemeinden oder Wasserversorgungsunternehmen zur Wahrung der Versorgung ihrer Bürger oder Kunden mit Trinkwasser hinsichtlich der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 43 Abs. 2 Z 5 AWG 2002,
10. diejenigen, deren wasserwirtschaftlichen Interessen gemäß den §§ 34 Abs. 6 oder 35 WRG 1959 gefährdet werden könnten,
11. diejenigen, deren wasserwirtschaftliche Interessen durch eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung als rechtliche Interessen anerkannt wurden und
12. das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Die unter den Punkten 2. bis 12. genannten Parteien verlieren ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erheben, wobei die Verletzung und die Art des subjektiven öffentlichen Interesses behauptet werden muss.

Nachbarn im Sinne des § 42 Abs. 1 Z 3 i.V.m. § 2 Abs. 6 Z 5 AWG 2002 sind Personen, die durch die Errichtung, den Betrieb, den Bestand oder eine Änderung einer Behandlungsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder deren dingliche Rechte gefährdet werden könnten. Nicht als Nachbarn gelten Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Behandlungsanlage aufhalten und nicht Eigentümer oder dinglich berechtigt sind.

Rechtsgrundlagen:

§§ 37 Abs. 1, 38, 41 und 42 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002

§§ 40 – 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG

Nutzen Sie die Möglichkeit, sich telefonisch oder per Email bei der Behörde über das Verfahren zu informieren und bringen Sie allfällige Stellungnahmen oder Einwendungen schriftlich in das Verfahren ein.

Auf die Möglichkeit der Vertretung gemäß § 10 AVG wird hingewiesen.

(<https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10005768>).

Für die Landeshauptfrau

Mag. iur. K r e n n

